

Im Interview: Rainer Will, Geschäftsführer Handelsverband

„Brauchen mehr als Einmaleffekte“

Sechs Verbände wollen bei wirtschaftspolitischen Themen künftig stärker mitreden. Es geht u. a. um Liberalisierung, den Standort und Sonntagsöffnung, sagt Handelsverband-Geschäftsführer Rainer Will.

WirtschaftsBlatt: Die „Allianz der Arbeitgeberverbände“ hat sich von drei auf sechs Mitglieder vergrößert (nebst Gewerbeverein, Handelsverband und Hoteliervereinigung gehören dieser nun auch der Austrian Council of Shopping Centers, der Reiseverband und die Land & Forst-Betriebe an, Anm.). Was ist das gemeinsame Ziel?

Rainer Will: Wir haben uns zusammengeschlossen, um die großen wirtschaftspolitischen Themen Entbürokratisierung, Liberalisierung und Entlastung gemeinsam anzusprechen. Ein kleiner Verband findet da oft kein Gehör. Wir haben viele deckungsgleiche Interessen, wir engagieren uns stark, um den Standort zu stärken. Auch die Industriellenvereinigung begrüßt unsere Forderungen. Das Ganze ist ein dauerhafter Prozess, wir wollen nicht kurzfristig punkten.

Was sind die Forderungen?

Der Standortdialog soll auf die freien Interessenvertretungen ausgeweitet werden und nicht nur in sozialpartnerschaftlichen Strukturen verharren. Wir sind die direktesten Vertreter, wir sind eng mit den Unternehmen verknüpft. Es geht um Themen wie Arbeitsrecht, Arbeitszeitflexibilisierung und eine Steuersenkung Hand in Hand mit Strukturreformen. Wir sprechen über die schleichende Absiedlung von Headquaters und Abbau von Divisions wegen der Rahmenbedingungen. Österreich ist im Wettbewerbsranking des World Economic Forums 2014 vom 16. auf den 21. Platz abgerutscht. Da geht es unter anderem um Bürokratie, steuerliche Mitarbeiter-Incentives und Unternehmenssteuern.

Ist die Zahl der Headquarters in Österreich nicht leicht steigend?

Die Stückzahl kleinerer Ansiedlungen ist erfreulicherweise steigend, aber die Zahl der Beschäftigten, die Ansiedlungsinvestments und die Umsätze sind unter anderem wegen der steuerlichen Rahmenbedingungen trotz aller Bemühungen der ABA tendenziell rückläufig. Da verliert Wien an Städte wie Prag.

Ihre Forderungen an die Regierung nach der Steuerreform?

Es muss eine Strukturreform geben, bei der die großen Themen, mit Fokus auf die wirt-

schaftsentlastenden der 599 Vorschläge des Rechnungshofs, umgesetzt werden. Das muss ein Entschlackungsprozess sein, bei dem es um mehr geht als nur um Einmaleffekte. Golden Plating – die restriktivere nationale Auslegung von EU-Gesetzen – muss reduziert, im Gegenzug müssen Ablaufklauseln etabliert werden, damit unzeitgemäße Regulierungen nicht ewig gelten. Ein unternehmerfreundliches Regulierungsumfeld muss geschaffen werden, um die Anzahl der Tage bis zur Gründung eines Unternehmens zu verringern. Bei Konzessionen gibt es zu viele Restriktionen und Graubereiche, die im Kleinen zu Umgehungen durch Gastrolizenzen führen.

“

Der Standortdialog soll auf die freien Interessenvertretungen ausgeweitet werden und nicht den Sozialpartnern überlassen werden.

Aber generell gibt es drei Blöcke: Kosten, Entbürokratisierung und, wie vorher angesprochen, Liberalisierung. Wir wünschen uns einen Kollektivvertrag, der so gestaltet ist, dass er die Realität widerspiegelt. Beim Thema Sonntagsöffnung wünschen wir uns Pilotprojekte in Tourismuszonen, wie in der Wiener Innenstadt, wo es nicht zu Umsatzumverteilung kommt, sondern Touristen einkaufen könnten. Denkbar wäre, weitere Zonen zu schaffen, wie in der inneren Mariahilfer Straße oder rund um Schloss Schönbrunn.

Was sind Ihre Pläne für KMU?

KMU sind für uns sehr wichtig, denn jeder Händler ist über Wertschöpfungsketten mit ein paar KMU verbunden, sei es als Zulieferer, Logistiker oder Dienstleister. Daher wollen wir, dass die Gewerbeordnung vereinfacht wird. Innovationen sind KMU-getragen, für den Handel ist es wichtig, dass es einen Technologietransfer gibt. Der Handel muss technologisch über die richtigen Mittel verfügen, und dafür braucht es KMU. Vor Kurzem wurde eine neue Austauschplattform, Innovation im

Handel, gegründet, um erstmals Start-ups und Technologie-KMU exklusiv mit Händlern zusammenzubringen. Als Leiter wurde Ex-Rewe-Vorstand und „Business Angel of the Year 2012“ Werner Wutscher gewonnen, der als Gründer der New Venture Scouting beide Welten kennt.

Was belastet KMU am stärksten?

Es gibt viel, was KMU belastet. Finanzierungsthemen, Bürokratie und Verfahrenslaufzeiten, zum Beispiel. Ein anderes Thema ist die Arbeitszeitaufzeichnung und Arbeitszeitflexibilisierung. Wenn ein Handwerker eine Baustelle nicht in zehn Stunden abschließen kann, muss er übernachten und die Arbeit am nächsten Tag fertig machen. Wir sind für zwölf Stunden Gleitzeit. Auch die Zuschlagssätze im Einzelhandel sind bei uns teilweise einzigartig. Handelsmitarbeiter ist wochentags ab 18 Uhr 30 um

70 Prozent mehr zu bezahlen, Samstags ab 13 Uhr 50 Prozent mehr. Auch der Leitfaden der Bundeswettbewerbsbehörde (zum Thema unerlaubte Preisabsprachen, Anm.), in dem die Regeln betreffend vertikaler Preisbindungen trotz aller Bemühungen nicht verbindlich interpretiert werden können, ist für KMU anspruchsvoll.

Was sagen Sie zur Umgestaltung der Mariahilfer Straße?

Städtearchitektonisch betrachtet ist es eine positive Entwicklung. Man muss es aber auch aus der Perspektive des Handels sehen, und dieser hätte von Anfang an mehr in den Prozess einzogen werden sollen. Das Know-how hätte in der Entscheidungs- und Ummauphase geholfen, damit auch die Umsätze so schön sind wie die Lage.

THOMAS PRESSBERGER
thomas.pressberger@wirtschaftsblatt.at



Rainer Will, Geschäftsführer des Handelsverbands, will einen dauerhaften Prozess starten: „Wir wollen nicht kurzfristig punkten.“

Autobusverkehr

ÖBB-Chef kritisiert Länder

WIEN. ÖBB-Chef Christian Kern hat die Bundesländer zu einer besseren „föderalen Selbstorganisation“ im Autobusverkehr aufgerufen. Derzeit führen die Ausschreibungen zu höheren Kosten und mehr leeren Kilometern, so dürfe etwa ein Bus wegen „falscher“ Außenfarbe nicht in zwei angrenzende Bundesländer fahren. Für die ÖBB-Tochter Postbus entstünden dadurch höhere Kosten, sagte Kern.

Als Beispiel nannte der ÖBB-Chef die Bundesländer Tirol und Salzburg, wo jeweils verschiedene Außenfarben für die Autobusse vorgeschrieben seien. So könnte ein gelber Bus nur in Tirol fahren, während er für Fahrten in Salzburg weiß angestrichen sein müsse. „Jeder Verkehrsverbund macht hier sein eigenes Ding“, ordnet Kern eine zunehmende Zersplitterung der Vorgaben. Als positives Beispiel sieht er Kärnten, das wie ein „gallisches Dorf“ weniger detaillierte Busverkehrsausschreibungen durchführt und sich mehr an der Gesamtverkehrslösung orientiere.

Ausschreibungssieger

Postbus habe trotz seiner Wettbewerbsnachteile von 2009 bis 2014 die überwiegende Mehrheit (86 Prozent) der Ausschreibungen gewonnen. Der gesamte Marktanteil von Postbus lag 2014 bei rund 50 Prozent. Durch die Ausschreibungen seien zwar die Preise um 4,2 Prozent gesunken, das Unternehmen Postbus habe aber mit negativen Folgen zu kämpfen. Insgesamt hätten die Ausschreibungen der Jahre 2013 und 2014 zu einem Margenverlust von zehn Prozent durch Umsatzeinbußen und Produktivitätsver schlechterungen geführt. (apa)



ÖBB-Chef Christian Kern kritisiert zersplitterte Regulierungen.

**Pioneer Investments: Target Income Fonds
Einkommen im Fokus
www.targetincome.at**

In jeder Bank Austria sowie in allen anderen Kreditinstituten.



PIONEER
Investments®

Prospekte und Kundeninformationsdokumente für die hier genannten Investmentfonds in ihrer jeweils aktuellen Fassung stehen dem Interessenten unter www.pioneerinvestments.at in deutscher Sprache zur Verfügung. Das ist eine Marketingmitteilung. Die Inhalte dieser Anzeige sind weder ein Angebot, eine Kauf- oder Verkaufsempfehlung noch eine Finanzanalyse. Sie dienen insbesondere nicht dazu, eine individuelle Anlage- oder sonstige Beratung zu ersetzen. Jede konkrete Veranlagung sollte erst nach einem Beratungsgespräch erfolgen. Wert und Rendite einer Anlage in Fonds können steigen oder fallen. Performanceergebnisse der Vergangenheit lassen keine verlässlichen Rückschlüsse auf die zukünftige Entwicklung eines Investmentfonds zu. Pioneer Investments ist ein Markenname der Unternehmensgruppe Pioneer Global Asset Management S.p.A.

ANZEIGE